



### Widerstand gegen Airbnb

Aus 10vor10 vom 06.08.2019.

News > Schweiz >

Gegen Kurzvermietungen

## So gehen Grosstädte gegen Airbnb vor

Steigende Mietpreise und Wohnungsknappheit: Weltweit begegnen Städte der Problematik mit unterschiedlichen Mitteln.

Simon Roth und Lillybelle Eisele

Dienstag, 06.08.2019, 20:30 Uhr

Aktualisiert um 23:06 Uhr

11

Diesen Artikel als erste Person teilen.

Plattformen wie Airbnb werden in verschiedenen Städten für steigende Mietpreise und Wohnungsknappheit verantwortlich gemacht. Die Städte setzen sich mit unterschiedlichen Mitteln zur Wehr. So fordern beispielsweise Politiker in Luzern eine Begrenzung von Airbnb-Angeboten in ihrer Stadt.

#### Passend zum Thema



Zerstörung von Wohnraum

Politiker fordern Begrenzung von Airbnb-Angeboten in Luzern

Mit der Online-Plattform lässt sich viel Geld verdienen. Was vor elf Jahren mit drei Luftmatratzen in einer Wohnung in San Francisco begann, ist heute ein Milliardengeschäft. Die Expansion kommt nicht bei allen gut an: Stadtregierungen wehren sich gegen die zunehmenden Kurzvermietungen über das Online-Portal.

00:14 / 00:24

SRF

**Tourismus-Experte Roland Schegg: «Airbnb steht in Konkurrenz mit der Bevölkerung, die Wohnraum sucht»**

Aus News-Clip vom 06.08.2019.

Sie kritisieren den schwindenden Bestand an bezahlbarem Wohnraum für Einheimische. Zudem entgingen dem Fiskus Steuergelder und Tourismustaxen, die etwa bei Hotels und offiziellen Ferienunterkünften anfallen.

## Von 500'000 Euro Busse bis zu Gefängnisstrafen

Grossstädte weltweit begegnen der Problematik mit unterschiedlichen Mitteln. San Francisco, wo Airbnb seinen Firmensitz hat, wählt drastische Massnahmen: Pro Tag und Angebot ohne gültige Registernummer drohen bis zu 6 Monaten Gefängnis.

Auch in Barcelona gibt es eine Registrierungspflicht für Wohnungen, die über die Online-Plattform vermietet werden. Bei Nichtbeachtung drohen Strafen von bis zu 30'000 Euro. Neue Registrierungen sind aber schon seit drei Jahren nicht mehr möglich. Auch in Berlin müssen Wohnungen zur Kurzvermietung angemeldet werden, bei Zuwiderhandlung drohen hohe Bussen.

## Begrenzung der Mietdauer

Andere Metropolen beschränken die Zeitspanne, während der man eine Wohnung über das Portal vermieten darf. In München darf eine private Wohnung höchstens acht Wochen im Jahr als Ferienwohnung vermietet werden. Wer seine Wohnung darüber hinaus in fremde Hände gibt, begeht eine Ordnungswidrigkeit wegen Zweckentfremdung. Das kann bis zu 500'000 Euro kosten.

Auch in New York dürfen nur Privatpersonen, die ihre Wohnung selber nutzen, diese für maximal 30 Tage im Jahr vermieten. Genf begrenzt die Dauer, die eine Wohnung professionell auf Airbnb vermietet werden darf, auf 90 Tage pro Jahr. In Paris darf eine Wohnung für vier Monate im Jahr über das Wohnungsportal vermietet werden.

Registriert ein Vermieter seine Wohnung nicht, droht eine Busse von 12'500 Euro. Und in der Berner Altstadt soll die gewerbmässige Vermietung von Privatwohnungen gar komplett verboten werden.





### «Ein Objekt generiert in der Schweiz bis zu 10'000 Franken»

Aus News-Clip vom 06.08.2019.

In der Schweiz beschäftigt sich das Walliser Tourismusobservatorium mit den Auswirkungen von Airbnb. Für Experte Roland Schegg ist Airbnb nicht mehr die ursprüngliche Wohnungsteilungs-Plattform von Privaten für Private. Als Rezept gegen Wohnraumverknappung in den Städten und überteuerte Mieten sieht Roland Schegg ein Registrierungssystem durch die örtlichen Behörden. «So könnte man das Ganze besser kontrollieren.»

Airbnb sagt, dass Wohnraumschutz für das Unternehmen ein wichtiges Thema sei. Deshalb wolle man mit den Städten an fairen Regeln für Homesharing arbeiten.

#### Mehr zum Thema



Airbnb in der Schweiz

Segen auf dem Land – Fluch für die Stadt



Aufstand gegen Airbnb

Reykjavik wehrt sich

[News >](#) [Schweiz >](#)

## 11 Kommentare

Kommentarfunktion deaktiviert

Uns ist es wichtig, Kommentare möglichst schnell zu sichten und freizugeben. Deshalb ist das Kommentieren bei älteren Artikeln und Sendungen nicht mehr möglich.

[Alle Kommentare](#)

[Beliebteste](#)

### Jean-Philippe Ducrey (Jean-Philippe Ducrey)

Mittwoch, 7. August 2019, 14:36 Uhr

Die Vergleiche mit den USA hinken stark. Die Luzerner SP-Politiker argumentieren mit dem wegfallenden Wohnraum, derweil in San Francisco eher die Steuereinnahmen und weitere rechtliche Regeln (bsp. Raumplanung, Haftungen, Permits etc.) ein Thema sind. Airbnb bewegt sich sicher in einer gewissen Grauzone. Aber im Grossen und Ganzen bringt Airbnb der Volkswirtschaft mehr als leerstehende Zweitwohnungen und ausbleibende Touristen, die keine Hotelpreise zahlen können/wollen.

[Zustimmen \(9\)](#) | [Ablehnen \(31\)](#)

### Reto Derungs (rede)

Mittwoch, 7. August 2019, 14:20 Uhr

Seit Jahren bin ich ein sehr zufriedener Kunde von Airbnb. Aber ich muss mich immer überall auf offiziellen Formularen anmelden (polizeiliche Vorschrift) und eine Beherbergungsabgabe oder Kurtaxe bezahlen. Auch ist es vom Gesetz her klar, dass die